



»Einen historischen Wimpernschlag lang«

Maurice Schumann und Mark Mence im Gespräch mit Renate Hürtgen, Gründungsmitglied der Initiative für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung (IUG) in der DDR

In: *express* 6/2022

Maurice Schumann/Marc Mence: Du bist eine der besten Kenner:innen der Geschichte der Initiative für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung (IUG) und hast sie im Herbst 1989 mitbegründet. Was waren und sind Deine Gründe, zu dieser Initiative bis heute zu forschen?

Renate Hürtgen: Zunächst war es das Bedürfnis, rasch die Dokumente zu sichern, Informationen über Abläufe festzuhalten. Das konnten wir erst 1990 machen, denn im Herbst 1989 überschlugen sich die Ereignisse und keiner war wohl in der Lage, zeitgleich mit einer Aufarbeitung der eigenen Aktivitäten zu beginnen. Dann begann eine Zeit, in der es sehr wichtig war, überhaupt darauf aufmerksam zu machen, dass es im Herbst 1989 eine betriebliche Bewegung, darunter eben auch eine Initiative für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung, gegeben hat. Denn die sogenannte Aufarbeitungsliteratur interessierte sich bald nicht mehr für diese Seite der DDR-Revolution. Aber – was noch schlimmer und folgenreicher war – selbst die meisten Akteur:innen vom Herbst 1989 ignorierten die betrieblichen und gewerkschaftlichen Vorgänge, sie konzentrierten sich auf den Sturz der parteipolitischen Machtverhältnisse, die Vorgänge an den »Runden Tischen« und – wie sich bestimmt jede:r erinnern kann, weil das zum »Markenzeichen« der Bürgerbewegungen wurde – auf die Auflösung der Stasizentrale und die Sicherung der Akten. Ich finde immer noch, dass das eine wichtige Aufgabe war. Nur entstand damit eine schwerwiegende Lücke. Bernd Gehrke und ich haben 2000 dann das Buch vom betrieblichen Aufbruch 1989 herausgegeben¹, dieser »unbekannten Seite der DDR-Revolution«, wie es im Titel heißt, mit dem wir versuchten, dieses Defizit wenigstens etwas zu beseitigen. Wir haben seitdem zahlreiche Artikel geschrieben und jede Gelegenheit genutzt, auf das Thema aufmerksam zu machen. Dass wir den Anstoß für eine breite Aufarbeitung gegeben hätten, kann mensch leider nicht sagen. In den letzten Jahren hat sich der Blick auf die betrieblichen Vorgänge noch einmal verändert. Jetzt wurde die Frage wichtig: Wie hängen die betrieblichen Basisbewegungen 1989 mit dem Charakter der Gesamtbewegung zusammen? Um 2019 entstand unter Linken ein gesteigertes Interesse an den Ereignissen vom Herbst 1989 und vor allem an Widerständen in den Betrieben, die zwischen 1990 und 1994 unter Treuhandkuratel standen. Wie hingen diese Kämpfe mit denen von 1989 zusammen? Warum konnte eine emanzipatorische Basisbewegung eine derart konservative Entwicklung nehmen? Damit stellen sich auch neue Fragen, nicht nur an die IUG.

¹ Bernd Gehrke/Renate Hürtgen: *Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: die unbekannt Seite der DDR-Revolution. Diskussion, Analysen, Dokumente, Berlin: Böll Stiftung 2000.*

MS/MM: *Aber wie erklärst Du Dir, dass die IUG wie die betrieblichen Bewegungen vom Herbst 1989 überhaupt so eine geringe Rolle bei der Aufarbeitung gespielt hat? Warum blieben diese Initiativen so lange »unbekannt« bzw. »unbeachtet«?*

RH: Mit einem Satz lässt sich das nicht erklären. Als wir noch »mittendrin steckten«, im November 1989, haben wir als IUG versucht, zum Neuen Forum (NF) Kontakt aufzunehmen, um die Isolation etwas zu überwinden, in der wir steckten; das Interesse von Bärbel Boley und Klaus Wolfram, die damals das NF anführten, war gleich Null. Selbst ihre Betriebsgruppe in der eigenen Organisation interessierte sie nicht besonders. Die Aktivist:innen in dieser Gruppe hatten sich mangels Unterstützung im Neuen Forum der IUG zugewandt. Mir wurde erst später klar, dass das NF als größte neue Oppositionsgruppe vom Herbst 1989 von seiner Mitgliedschaft her auch nicht gerade prädestiniert war, sich für die Belange von Arbeiter:innen und kleinen Angestellten einzusetzen. Es gab zwar eine große Gruppe von ökonomisch Interessierten im NF, die hatten aber eine ordentliche Marktwirtschaft vor Augen, eine basisdemokratische Interessenvertretung jedenfalls nicht. Am Beispiel des Neuen Forum wird deutlich, dass die Revolution 1989 in der DDR eben kein Arbeiteraufstand gewesen ist – was sie dann auch vom 17. Juni 1953 unterschied –, sondern ein Volksaufstand, mit dem bürgerlich-demokratische Forderungen durchgesetzt werden sollten. Allerdings erklärt das noch nicht, warum im Herbst 1989 revolutionär-demokratische Veränderungen in den betrieblichen Herrschaftsbeziehungen so wenig Einfluss auf das Gesamtgeschehen nehmen konnten.

MS/MM: *Das ist wirklich eine spannende Frage. Vielleicht kannst Du das am Beispiel der IUG und ihres Scheiterns erklären? Mit welchem Ziel habt ihr die IUG eigentlich gegründet?*

RH: Die IUG ist von Menschen gegründet worden, die sich von Treffen im halböffentlichen Raum der Kirche, darunter auch der Kirche von Unten (KvU), kannten. Wir hatten uns schon im Sommer 1989 mit der Frage nach »richtigen« betrieblichen Interessenvertretungen beschäftigt, ohne zu ahnen, dass unsere Überlegungen einige Wochen später, am 4. November 1989, ein großes Publikum erreichen würden, als Heiner Müller auf der Alexanderplatz-Demonstration unseren Aufruf zur Gründung unabhängiger gewerkschaftlicher Basisbewegungen in den Betrieben verlas. Ich denke, dass unser Interesse an den Gewerkschaften vor allem daher kam, dass dieses Thema in der Opposition gar nicht vorkam. Mit unserer Gründung einer Initiative für unabhängige Gewerkschaften im Oktober 1989 wollten wir genau das beseitigen. »Wir«, das waren sechs Menschen aus der Opposition, die jeweils noch eine Person des Vertrauens in das Unternehmen einweihten. Vergesst nicht, dass zu dieser Zeit die Polizei auf Demonstrant:innen einprügelte und noch völlig unklar war, ob die Regierung der DDR nicht doch die »chinesische Lösung« [gemeint ist die Niederschlagung der Proteste am Tian'anmen-Platz am 4. Juni 1989, Anm. d. Red.] suchen würde. Inzwischen hatten sich schon andere neue Oppositionsgruppen gegründet, wie das Neue Forum, die Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM), der Demokratische Aufbruch (DA) oder die Vereinigte Linke (VL), aber keine hatte die Forderung nach vom FDGB unabhängigen Gewerkschaften in ihrem Katalog, auch die Sozialdemokraten (SDP) nicht.

MS/MM: *Das heißt, ihr wolltet gar keine Gewerkschaft gründen, sondern habt euch als Initiatoren einer vom FDGB unabhängigen Bewegung verstanden?*

RH: Genau. Die Idee ist die gewesen, dass sich auch die Machtverhältnisse in den Betrieben ändern müssen, wenn die Revolution erfolgreich sein soll, und dass die Staatsgewerkschaft FDGB, die im Herbst 1989 wie immer fest an der Seite der Partei stand, nicht ihren eigenen Untergang betreiben würde. Wer sich unserer Initiative nahe fühlte, glaubte nicht an die Reformierbarkeit des FDGB und lehnte es ab, selbst mit den »Reformern« im FDGB gemeinsame Sache zu machen. Das war kein Sektierertum, sondern logische Folge des eigenen Vorhabens. In unserem ersten Aufruf heißt es: Gründet Basisinitiativen in den Betrieben! Stellt die Vertrauensfrage! Fordert Neuwahlen der BGL! Um uns selber müssen wir uns selber kümmern etc. Unsere Vorstellung war also nicht, die alten Strukturen für den revolutionären Umsturz zu reformieren, sondern eine betriebliche Bewegung unabhängig von alten Strukturen anzustoßen, die ihre eigenen Interessen in diesen Prozess einbringt. Sie sollte DDR-weit ihre

Forderungen nach »Glasnost« und »Perestroika« stellen, nach Rückzug der SED und Staatssicherheit aus den Betrieben, nach Rechenschaftslegung und Transparenz, nach Mitbestimmung der Beschäftigten in allen betrieblichen Angelegenheiten. »Die Leiter und Funktionäre haben die Karre in den Dreck gefahren, jetzt übernehmen wir!« Wer heute darüber weise den Kopf schüttelt, hat den Charakter vom Herbst 1989 nicht begriffen.

MS/MM: *Wie muss mensch sich denn eure Arbeit vorstellen? Wie viele Mitglieder hattet ihr und wer waren die?*

RH: Nach der Rede von Heiner Müller, der uns überhaupt erst bekannt gemacht hat, trafen wir uns regelmäßig in einem Jugendklub zum Austausch mit Menschen aus meist Berliner Betrieben, die über die Vorgänge in ihren Betrieben berichteten und/oder dabei waren, eine eigene betriebliche Gruppe zu gründen. Sie nannten sich nicht immer »Gewerkschaftsgruppe«, sondern zum Beispiel »unabhängige Basisgruppe« oder »unabhängige Betriebsgruppe«. In der Betriebsgruppe der VL, die auf eine Räteorganisation setzte, sammelten sich eher jene Aktivist:innen, die Gründungen von Betriebsräten favorisierten. Es gab schon einige Zusammenarbeit zwischen den Personen beider Gruppen, aber nie ein richtiges politisches Zusammengehen. Also, bei uns sammelten sich eben die, die die Vorstellungen für eine vom FDGB unabhängige neue Basisgewerkschaft entwickelten.

MS/MM: *Aber wolltet Ihr nicht das Gleiche?*

RH: Ja und Nein. Beide wollten eine Basisbewegung in den Betrieben von unten unterstützen. Aber eben doch mit einem etwas anderen politischen Instrumentarium. Die VL rief zur Gründung von Betriebsräten auf, die sie später in einem republikweiten Volkskongress zusammenbringen wollte. Die IUG dachte daran, die sich in den Betrieben gründenden Basisgruppen zu überregionalen und Branchengewerkschaften zusammen führen. Zu diesem Zweck hatten wir über die Weihnachtsfeiertage 1989/90 zusammen gesessen und eine Satzung entworfen. Ein interessantes Stück Zeitgeschichte, diese Satzung. Wir haben uns nicht bekämpft, aber politische Kämpfe mit Vertreter:innen der VL haben wir erst 1990ff. zusammen ausgefochten, als »alles vorbei« war und sich der Kampf zum Beispiel gegen die Treuhandpolitik richtete. Warum es diese verschiedenen Ansätze gab, was sie unterschied und warum beide letztlich gescheitert sind, sind Fragen, die ich bis heute für mich noch nicht zu Ende gedacht habe. In bestimmter Hinsicht war die Orientierung auf betriebliche Mitbestimmung über Betriebsräte erfolgreicher. Eine Reihe von Akteur:innen, die 1989/90 in eine neue betriebliche Interessenvertretung gewählt wurden, gehörte im Juni 1990 zu den ersten nach bundesdeutschem Recht gewählten Betriebsräten in (noch) DDR-Betrieben.

MS/MM: *Blieb eure Arbeit auf Berlin beschränkt?*

RH: Nein. Das Spannende war, dass sich – manchmal völlig unabhängig von uns, manchmal durch die IUG angestoßen – in der ganzen DDR solche Initiativen gründeten. Es war nicht leicht, Kontakte herzustellen, wir hatten keine eigenen Kommunikationsmittel, Telefone auch nicht, Autos erst recht nicht. Zu einigen Gruppen im Umfeld von Berlin, in Zehdenick, Oranienburg, Hennigsdorf, Halle, in Jena und an der Küste war es gelungen. Anders als zum Beispiel die VL, die ihre betrieblichen Akteure über ein eigenes Netzwerk in der ganzen Republik erreichen konnte, hatten wir solche Strukturen nicht. Wir waren auch nicht am »Runden Tisch« vertreten. Das hatten wir abgelehnt, spontan, weil wir dafür überhaupt keine Kapazitäten hatten. Es passte ohnehin nicht in unser Selbstverständnis, zusammen mit dem FDGB (der saß nämlich zusammen mit Partei- und Regierungsvertretern am Zentralen Runden Tisch!) eine Art »Übergangsregierung« zu bilden. Vielleicht war es ein Fehler, doch dann hätten wir unser ganzes »Konzept« ändern müssen. Da wir nicht am »Runden Tisch« saßen, gehörten wir auch nicht zu den Gründungsgruppen des Hauses der Demokratie in der Friedrichstraße. Obwohl wir von Anfang an dort ein Büro hatten und ich Mitglied des Kuratoriums gewesen bin.

MS/MM: *Was war denn euer Selbstverständnis?*

RH: Die IUG verstand sich als Initiatorin und Begleiterin einer gewerkschaftlichen Basisbewegung. Einige von uns hatten das polnische Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) vor Augen, das sich 1976 in Polen gegründet hatte, Geld für die streikenden Arbeiter sammelte, Aufrufe verfasste etc. Zwei von uns hatten früher kleine informelle Kontakte zu KOR bzw. zur Solidarnosc gehabt. Obwohl wir eigentlich nicht vorhatten, die Keimzelle einer Gewerkschaft zu sein, wurde, als wir uns im Dezember wieder einmal versammelten, plötzlich gefordert, unverzüglich eine neue Gewerkschaft zu gründen. Ich sehe mich und andere heftig dagegen halten. Ich hatte Angst, dass das eine Kopfgeburt würde und damit zum Scheitern verurteilt wäre. Die Versammlung einigte sich, bis Ende Januar 1990 herauszufinden, wie viele und wo es solche unabhängigen gewerkschaftlichen Basisgruppen republikweit gibt, um dann zu entscheiden, ob diese Bewegung eine Grundlage für die Gründung einer unabhängigen Basisgewerkschaft werden kann.

MS/MM: *Und, wurde sie es?*

RH: Nein. Als wir uns am 31. Januar 1990 trafen, gab es durchaus Vertreter:innen aus Jena, Stralsund, Oranienburg und natürlich Berlin, darunter auch Vertreter:innen, die in ihrer Region bereits ein Netzwerk geknüpft hatten. Und wenn ihr euch die Dokumentensammlung in unserem Buch anschaut, seht ihr, dass es weit über hundert betriebliche Initiativen zu diesem Zeitpunkt gab. Doch leider fand am selben Tag ein von der VL organisiertes Betriebsrätetreffen statt, wohin auch einige »unserer« Leute gegangen waren. Also, geschwächt durch »Eigenverschulden«. Und geschwächt durch »Fremdverschulden«, denn im Januar hatten die DGB-Gewerkschaften schon ihre Informationsbüros im Osten aufgebaut oder Funktionäre geschickt, die auf das bundesdeutsche Mitbestimmungsmodell vorbereiteten. Ab diesem Zeitpunkt waren einige betriebliche Akteure schon damit beschäftigt, sich auf die Übernahme durch die Westgewerkschaften vorzubereiten. Und als dann im März das Wahlergebnis bekannt wurde, war endgültig klar: eine eigenständige Gewerkschaftsbewegung DDR/Ost wird es nicht geben.

MS/MM: *Das heißt, eigentlich wart ihr nie ein überregional arbeitendes Gremium?*

RH: So ist es. Wir sind über den Status einer informell arbeitenden Gruppe nie hinaus gekommen, was angesichts der Zeit von etwa zehn Wochen, die uns für eine Konstituierung verblieb, nicht besonders verwundert. Wir waren in dieser Zeit keine Gewerkschaft geworden und haben folglich auch keine gewerkschaftlichen Aufgaben erfüllen können. Die historische Bedeutung der IUG bestand darin, dass sie ein wichtiger Teil einer betrieblichen Bewegung vom Herbst 1989 in der DDR gewesen ist, die viel größer war als jene Gruppe von Aktivist:innen der IUG und ihrer Sympathisant:innen in Berlin. Dieser betriebliche/gewerkschaftliche Aufbruch 1989/90 stellte den Neubeginn einer Arbeiterbewegungstradition in der DDR dar, wenn mensch – wie ich es tue – mit der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes von 1953 quasi ihr Ende eingeläutet sah. Ich denke, diese Dimension hat kaum ein Linker aus dem Westen damals begriffen. Wahrscheinlich heute auch noch nicht.

MS/MM: *Wie meinst Du das? Ihr hattet ja einige Kontakte zu westdeutschen und internationalen linken politischen und betrieblichen Gruppen, haben die euch nicht unterstützt?*

RH: Ich meine, dass die Mehrzahl der westdeutschen Linken, unabhängig von ihrer Richtungszugehörigkeit, den emanzipatorischen Gehalt einer Bewegung mit diesem etwas diffusen basisdemokratischen Charakter überhaupt nicht begriffen hat. Sie »guckten alle mal rein«, fanden weder ein ordentliches antikapitalistisches Programm vor, noch den Willen, eine Arbeiterpartei zu gründen, und verzogen sich bald. Nicht ohne vorher noch diverse Ratschläge für uns parat zu haben. (Wir waren übrigens nicht die einzige Gruppe, die den anwesenden Ratgebern aus dem Westen das Rederecht entzogen haben!) Solche flüchtigen Kontakte gab es zu verschiedenen K-Gruppen und Vertreter:innen trotzkistischer Vereinigungen. Ich entsinne mich, dass vier von uns im Dezember 1989 nach Paris zu einem internationalen Kongress der Lambertisten [›trotzkistische‹ Strömung in Frankreich, Anm. d. Red.] eingeladen wurden und dort gefeiert wurden. Das heißt jedoch nicht, dass diese vier sich als Trotzkist:innen ver-

standen, wie bürgerliche Historiker später schrieben. Vielleicht fand der eine oder die andere die Ideen Trotzki – wenn er denn überhaupt schon mal davon gehört hatte – ganz spannend. Nachdem ich Anfang der 1980er Jahre auf illegalem Weg »Die verratene Revolution«² bekommen und gelesen hatte, war ich auch mal für sechs Wochen »Trotzkistin«. Auf die Diskussionen in der IUG hatten all diese Begegnungen keinen Einfluss. Außerdem zogen diese Initiativen bzw. Organisationen sich ohnehin schnell zurück, nachdem klar wurde, dass wir ganz bestimmt keine Partei gründen wollten. Da waren die Kontakte zu *wildcat* schon viel nachhaltiger. Einige von uns, so auch mich, faszinierten ihr guter Kontakt und ihre tollen Kenntnisse der Vorgänge in den Betrieben, nicht nur auf nationaler Ebene. Ihre Veröffentlichungen in den *wildcat*-Heften habe ich lange mit Gewinn gelesen. Die traten sehr tolerant uns gegenüber auf, obwohl wir mit unserer Idee von einer Gewerkschaft nicht grade auf *wildcat*-Linie lagen.

Eine tatsächliche monetäre und logistische Hilfe kam im Herbst von der DAG, wo zwei linke Sekretäre uns im Berliner Büro freie Kopiermöglichkeiten ohne jede Einflussnahme auf die Inhalte gaben. Dasselbe machten das Sozialistische Büro (SB) und der *express* aus Offenbach, die ebenfalls dazu beitrugen, dass wir überhaupt bekannt wurden. So widersprüchlich war das damals.

MS/MM: *Und wie war das mit den Kontakten zur Freien Arbeiter:innen Union (FAU) und zur Internationalen Arbeiter:innen Assoziation (IAA)?*

RH: Schon im November gab es die ersten Kontakte zu einer kleinen FAU-Gruppe in Zehdenick bzw. Gransee, das liegt nördlich von Oranienburg. Zwei von uns waren mal hingefahren, und Mitglieder der FAU Gransee kamen einmal zu uns. Die FAU dort war eine kleine und erst im Entstehen begriffene Gruppe, und sie haben offensichtlich eine Weile darüber diskutiert, ob sie sich nicht in dieser historischen Situation mit uns zusammenschließen sollten. Als wir unsere legendäre »Gründungsveranstaltung« Ende Januar abhielten, die bekanntlich nicht zur »Gründung« führte, verkündete ein Mitglied der FAU Gransee vom Podium unter Beifall, dass sie sich entschlossen hätten, mit der IUG zusammenzugehen. Dazu sollte es ja dann nicht mehr kommen. Ich denke tatsächlich, dass die IUG und ihre Anhänger:innen gar nicht so weit entfernt vom anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsgedanken waren. Jedenfalls für einen historischen Wimpernschlag lang. »Der kurze Herbst der Anarchie«, so haben wir später diese Zeit genannt. Es lag also in der Luft.

MS/MM: *Und warum habt ihr euch nicht zu einer Neugründung FAU-Ost zusammengetan?*

RH: Wir hatten inzwischen einen informellen Mitgliederstamm von Menschen, der wahrscheinlich noch nie etwas von einer FAU gehört hatte und der ab Februar/März damit beschäftigt war, sich mit den DGB-Gewerkschaften irgendwie zu engagieren. Die kleinen Gruppen mit ihren basisdemokratischen Vorstellungen beendeten praktisch ihre Arbeit, mit der logischen Folge, dass damit auch der Prozess der Diskussionen um den Charakter einer neuen Gewerkschaft beendet war. Vorausgesetzt, es hätte viel mehr Zeit dafür gegeben, wäre es in einem gemeinsamen Prozess der Findung vielleicht zu einer Gewerkschaft ähnlich der FAU gekommen. Dieser Selbstfindungsprozess war jedoch abgebrochen, bevor er richtig begonnen hatte. Die FAU Ost brauchte ja wohl auch noch einige Jahre, bevor sie sich konstituierte... Bernd Gehrke aus dem Bündnis kritischer Gewerkschafterinnen Ost West (BKG) hat jedenfalls in der Berliner Umweltbibliothek 1992 an einer solchen Sektionsgründung teilgenommen.

MS/MM: *Und zur IAA? Welche Kontakte hattet ihr zur IAA³?*

RH: Das war alles viel später. 1990 haben IUGler, zusammen mit einigen VLern und Menschen aus dem Neuen Forum eine Initiative für eine kritische Gewerkschaftsarbeit gegründet.

² Leo Trotzki: *Die verratene Revolution*, Essen: Mehring Verlag 2016

³ *Die IAA ist ein anarchosyndikalistisch orientierter internationaler Dachverband, der sich bewusst nach der Ersten Internationalen benannt hat. Die FAU war bis 2016 Mitglied dieses Dachverbands [Anm. d. Red.].*

Jetzt haben wir uns – endlich gemeinsam! – auf die Situation der Übertragung der westdeutschen Gewerkschaftsstrukturen auf den Osten vorbereitet, haben zusammen mit linken Kritiker:innen eine gewerkschaftskritische Broschüre mit dem Titel, »Hurra! Der DGB ist da!!« veröffentlicht. Und am Ende des Jahres dann das legendäre Bündnis kritischer Gewerkschafter:innen Ost/West (BKG) gegründet. Da kamen tatsächlich fast alle linken Berliner Strömungen, Parteien, Gewerkschafts- und Betriebslinke aus Ost und West zusammen, organisierten Informationsveranstaltungen, Demonstrationen und Solidaritätsaktionen wie etwa für Bischofferode. Eine einmalige Sache, die sich nur aus einer historischen Erwartung auf radikale Veränderungen erklären lässt. 1997 löste sich das Bündnis im Streit auf. In diesen 1990er Jahren hatten wir – namentlich die Personen im BKG, die aus dem Osten kamen – gute Kontakte sowohl zur FAU als auch zur IAA. Und einige von uns fuhren zur SAC nach Schweden. Ich würde sogar behaupten, dass wir Betriebslinke aus dem Osten durch unsere Kontakte zur FAU und unsere Hochschätzung der Arbeit der FAU die starke Ablehnung vieler Gewerkschaftslinker aus dem Westen etwas durchbrochen haben. Ich erinnere mich noch genau an richtige Hetzreden gegen die FAU und das böse Schweigen, wenn ich meine politische Sympathie offen dagegensetzte. Inzwischen hat sich da einiges geändert, was natürlich vor allem damit zusammenhängt, dass die FAU in einigen Betrieben präsent ist und tolle Arbeit leistet. Kein Vergleich zu den 1990er Jahren. Ich denke, die FAU ist ein Teil der bundesdeutschen Gewerkschaftslandschaft geworden, auch, wenn sie offiziell immer noch nicht von den DGB-Gewerkschaften anerkannt wird. Oder, wie seht Ihr das?

Das Interview wurde per Mail von Mark Mence und Maurice Schuhmann geführt.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., NiddasträÙe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12